

Die westdeutschen Arbeiter und die 40-Stunden-Woche

Die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche bei arbeitsfreiem Sonnabend wird von den westdeutschen Arbeitern bereits seit 1952 erhoben. Unmittelbarer Anlaß dazu war die ungeheure Steigerung der Arbeitsintensität in den letzten Jahren.

Auf der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften im Januar 1956 in Berlin brachten westdeutsche Gewerkschaftler in der Diskussion zum Ausdruck, daß auf Grund dessen die Wiederherstellung der Arbeitskraft bei der gegebenen Höhe des Reallohns und 48stündiger Arbeitszeit in Westdeutschland nicht möglich ist. Durch die Erhöhung der Arbeitsintensität braucht der Arbeiter nicht nur mehr Lebensmittel, sondern auch mehr Zeit, um seine Arbeitskraft wiederherstellen zu können. Aber nicht nur das: Die Auswirkungen der hohen Arbeitsintensität sind hohe Unfallziffern, frühe Invalidität, also vorzeitige Vernichtung der Arbeitskraft, wie überhaupt Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiter in einem solchen Ausmaß, daß nicht einmal eine Lohnerhöhung diese Schäden beseitigen könnte. Nach Berechnungen des Deutschen Wirtschaftsinstitutes hatte 1959 etwa jeder zehnte bis elfte Arbeiter einen Unfall, 1954 jedoch jeder siebente bis achte. In den drei Jahren von 1950 bis 1953 stieg die Krankheitshäufigkeit um 10 Prozent an.¹⁾ Die Frühinvalidität hatte schon 1952 enorme Ausmaße angenommen. So berichtete Dr. Heitbaum auf einer Landesbezirkskonferenz des DGB im Januar 1955, „daß nur 26 Prozent der 1952 bewilligten Invalidenrente wirkliche Altersrente ist. Die restlichen Renten werden für vorzeitige Invalidität gezahlt.“ Dr. Heitbaum stellte im Zusammenhang mit einer notwendig gewordenen Arbeitszeitverkürzung weiter fest:

„Tempo, hohe Aufmerksamkeit und Konzentration zusammen haben die Beanspruchung des Menschen bei vie-

len Arbeiten in der Industrie auf ein nicht mehr tragbares Maß erhöht.“²⁾

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und gleich bleibenden Arbeitsbedingungen würde der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse entgegenwirken und die steigende kapitalistische Ausbeutung in einem gewissen Grade behindern.

Dieser Tatsache Rechnung tragend, heißt es im Aktionsprogramm des DGB zum 1. Mai 1955 an erster Stelle:

„5-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit täglich 8 Stunden Arbeitszeit...

Die Verkürzung der Arbeitszeit soll sowohl durch Tarifvertrag als auch durch Gesetz herbeigeführt werden“³⁾.

Obwohl sich die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Arbeitshetze bereits seit langem zeigen, obwohl die Arbeitszeitverkürzung vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus eine dringende Notwendigkeit ist, wird jedoch von Seiten des DGB eine langjährige Übergangszeit als Voraussetzung angenommen, so z. B. in dem Dreistufenplan Konrad Schayers, veröffentlicht in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“, Nr. 2/55. Dieser Plan sieht die Einführung der 40-Stunden-Woche im Verlaufe dreier Jahre vor.

Schon vorher hatte der gleiche Verfasser in einem Artikel „Zur Problematik der 40-Stunden-Woche“⁴⁾ diese Forderung begründet. Schayer geht jedoch nicht, wie man annehmen sollte, von der ungeheuren Arbeitshetze in den kapitalistischen Betrieben aus, die die Kräfte des Arbeiters auslaugt und eine Wiederherstellung der Arbeitskraft unmöglich macht, sondern von der abstrakten These „Freiheit ohne hinreichende Freizeit ist nicht denkbar“ oder „Der Mensch braucht Muße“. Es scheut ihm also im Grunde nicht darum zu gehen, die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber der Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung zu wahren, sondern er glaubt mit der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit eine „kulturelle Mission ... für die gesamte Gesellschaft“ zu erfüllen; in den Genuß der ver-

¹⁾ Deutsches Wirtschaftsinstitut, Bericht Nr. 1/2, 1956

²⁾ 40 Stunden sind genug, Bund-Verlag Köln, S. 9 und 27

³⁾ „Vorwärts“, Nr. 17 vom 29. April 1955

⁴⁾ Gewerkschaftl. Monatshefte Nr. 1/55, S. 17